

Vom Lügenwort zum Wahrheitswort: Fachkräftemangel

Wie das Ungeheuer von Loch Ness erscheint das Panikwort vom »Fachkräftemangel« in Politik und Medien regelmäßig aufs Neue. Gegenwärtig gehen 44 Millionen Menschen in Deutschland einer Arbeit nach. Der höchste Wert bisher. Einen Fachkräftemangel als generelles Problem gibt es nicht. Es gibt Fachkräftewanderungen aus schlecht bezahlten Bereichen in besser bezahlte.

Derzeit geht es beim Beklagen von »Fachkräftemangel« vor allem um Agitation der Unternehmerverbände, denen die Löhne der Arbeiter und Angestellten zu hoch seien⁴ und die gern Lohndrücker aus aller Welt importieren würden. Das Geschrei ist Teil des vaterlandslosen Verhaltens des auch hier aktiven internationalen Kapitals. Über 80 Prozent der DAX-Konzerne befinden sich in ausländischem Besitz. Auch der ›deutsche‹ Rüstungskonzern Rheinmetall ist US-amerikanisch. Auch viele früher mittelständische Unternehmen sind im Besitz von Finanzinvestoren, die nur an hohen Profiten interessiert sind. Das betrifft auch den Krankenhaus- und Pflegebereich, der seit den 90er Jahren weitgehend ›privatisiert‹ wurde und aus dem 200.000 Pflegekräfte geflüchtet oder als zu teuer vertrieben worden sind. Die Unternehmerverbände klagen grundsätzlich, daß es einen Fachkräftemangel gebe und daß man sich auch die ›Arbeitnehmer‹ kaum mehr leisten könne, weil sie viel zu teuer seien. Spötter bringen es in Form eines imaginären Stellenangebotes auf den Punkt: »Gesucht werden 24-jährige Hochschulabsolventen mit 10 Jahren Berufserfahrung bei 50 Std./Woche und 18 Urlaubstagen für Mindestlohn auf 480.- Euro Basis.« Da diese ›lukrativen‹ Angebote verschmäht werden, beschreit man den Fachkräftemangel und will Billig-Fachkräfte importieren. Die Konzernmedien trommeln Tag und Nacht, die Öffentlich-rechtlichen auch. Dafür hat man 2020 sogar ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz erlassen, um aus fremden Volkswirtschaften die guten Leute abzuwerben. Ein ziemlich asoziales Verfahren. Wir beklagen die Unterentwicklung vieler Staaten und leisten Entwicklungshilfe, aber dann klauen wir ihnen die guten Leute.

Bis zum 13. August 1961 war die DDR das Land, aus dem man die Fachleute anlockte. 40 Prozent aller Absolventen von Hochschulen der DDR hatten 1960 mit dem Diplom auch schon einen Arbeitsvertrag mit einer westdeutschen Firma

in der Tasche. Später mußten Spitzenkräfte aus der DDR über die Grenze oder Drittstaaten geschleust werden. Nach 1990 füllte die BRD ihre fehlenden Fachkräfte in Industrie und Handwerk aus dem Heer der zeitweilig 3,5 Millionen Arbeitslosen des Beitrittsgebietes auf. Die Arbeitsämter des Beitrittsgebietes gaben den jungen Leuten Fahrkarten ohne Rückfahrkarte. Nur weg mit ihnen. Natürlich wurden die Ossi niedriger als die Stammbesitzer des Westens bezahlt, weil ja alle Abschlüsse der DDR auf Gleichwertigkeit geprüft werden mußten.

Komisch, die DDR war für die BRD nie Ausland gewesen, aber nach der Wende wurden die DDR-Deutschen in ihren Berufsabschlüssen wie Ausländer behandelt. Übrigens: Was es in der BRD an Berufsabschlüssen nicht gegeben hatte, wurde auch bei den Ossi als Berufsabschluß nicht anerkannt. Die Kinderkrippenerzieherinnen und Kindergartenerzieherinnen hatten in der DDR Fachschulen absolviert, weil beide Einrichtungen zum Erziehungssystem der DDR gehörten. Im Westen gab es diese Qualität der Ausbildung nicht. Also wurden die Abschlüsse nicht anerkannt. Auch die Zeugnisse der Ingenieurschulen der DDR bedurften einer nachträglichen Anerkennung und wurden dann mit dem Verleih des Titels Diplomingenieur (FH) geädelt. Besonders perfide war, daß die Ingenieurabschlüsse, die im Rahmen der Nationalen Volksarmee an Militärischen Hochschulen erworben worden waren, nicht anerkannt wurden. Wie im Hochschulwesen Sachsens unter Biedenkopf gehaust wurde, zeigt das Hochschulerneuerungsgesetz, nach dem alle Mitarbeiter der sächsischen Hochschulen 1993 vom Ordinarius bis zum Pförtner entlassen wurden und sich neu auf ihre alte Stelle bewerben durften. Falls ein Ossi wieder in Lohn und Brot kam, dann begann seine Betriebszugehörigkeit völlig neu, so daß und lange Betriebszugehörigkeiten mit Rechten waren gestrichen. Seit dieser Zeit finden wir nur noch in den MINT-Fächern Leute aus dem Osten.

Für die deutsche Geschichte ist dieser Vorgang einmalig. Nur im alten China ließ 213 v.u.Z. Kaiser Qin Shi Huang 460 Doktoren-Gelehrte lebendig eingraben und ordnete die Zerstörung von Archiven früherer Staaten in China an. Im DDR-Gebiet fanden ganze Jahresproduktionen von Büchern in Westhand gespielter Verlage ihren Weg in die Papierfabriken oder auf die Müllhalde. Auf die Müllhalde flog auch die Akademie der Wissenschaften der DDR, die Nachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissenschaften war, die einst Gottfried Wilhelm Leibniz begründet hatte. Insgesamt glaubten die Eliten der BRD auf etwa eineinhalb Generationen von Wissenschaftlern und Ingenieuren der DDR verzichten zu können. Diese gingen vornehmlich in den Vorruhestand ab 55 Jahren oder in die Arbeitslosigkeit. Der jetzige Abstieg der deutschen Volkswirtschaft hat in dieser Zeit seinen Beginn. Die 2,4 Millionen deutscher Spätaussiedler ab 1987 und die 220 000 jüdischen »Kontingentflüchtlinge« ab 1990 aus der Sowjetunion waren noch mal eine Bereicherung, und ihnen wurden relativ großzügig ihre russischen Abschlüsse anerkannt. Dann aber begann, weil die politische Wächterfunktion gegenüber den amerikanisierten BRD-Eliten durch den Tod der DDR wegfiel, ein verwerfliches Treiben. Deutschland wurde um das Jahr 2000 zum Einwanderungsland (Süssmuth-Kommission) erklärt und das alte Staatsbürgerschaftsrecht geschliffen. Die

Als die DDR Geschichte wurde, waren die Vietnamesen mit rund 60.000 Menschen die größte Gruppe von Ausländern im ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaat. Sie waren in die Bildungs- und Arbeitsgesellschaft gut integriert.



alte Sehnsucht unserer westlichen Feinde wurde zur ›nationalen‹ Strategie. Das wäre nicht so schlimm, wenn wir weiter eine große Integrationskraft bei der Assimilation der Fremden aus aller Welt besäßen und diese in die deutsche Arbeitsgesellschaft einwandern würden. In der DDR waren über die Jahrzehnte viele Fremde in die Bildungs- und Arbeitsgesellschaft integriert und verließen die DDR als Freunde des Landes: Chinesen, Koreaner, Kubaner, Chilenen, Mosambiquer, Namibier, Syrer, Algerier, Lybier, Malinesen, Vietnamesen, Polen, Ungarn, Bulgaren usw. Die NPD hatte in einem lichten Moment 1998 sogar die Losung gefunden: »Die DDR war das bessere Deutschland!« Diese Losung wurde ein Jahr später abgeschwächt zu: »Die DDR war das deutsere Deutschland!« Jetzt, zwanzig Jahre später, sind wir auf dem Weg in eine identitätslose Gesellschaft, die sich allein auf den Krücken von Menschenrechten, Identitätspolitik, Klimapolitik und wokem Gehetze vorwärtsbewegt. Die Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter Klimapolitik erscheint schon jetzt als chaotisch. Dabei machen die CO²-Emissionen aller Menschen nur 3 Prozent aller CO²-Emissionen auf der Erde aus. Davon haben die Deutschen wiederum nur einen Anteil von einem Prozent. Wir lassen uns von einer westlichen Weltideologie an der Nase herumführen und zerstören unsere Industrie. Ideologie, so sagt der Spötter, ist »die studierte Schwester der Idiotie«.

Unser Land ist bis zum Rand mit Ideologie gefüllt, die von den Oberschichten nicht mehr in Frage gestellt wird und ins Volksbewußtsein eingesickert ist. Die Wahlergebnisse in Westdeutschland zeigen es. Wir haben noch Oberschichten, aber keine nationale Eliten mehr. Damit stehen wir vor einer Höllenfahrt des wirtschaftlichen Abstiegs. Er wird von wirklichem Fachkräftemangel begleitet sein. Wir können getrost feststellen, daß es in Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland keinen generellen Fachkräftemangel gibt oder gegeben hat. Dank der Bildungssysteme in DDR und BRD, die auf einer langen nationalen Tradition fußen und gemäß der erforderlichen zivilisatorischen sowie kulturellen Bedürfnisse funktionierten, waren die Proportionalitäten in Ausbildung und Studium weitgehend gesichert. Dank der funktionierenden staatlichen Institutionen wußte man, was man brauchte, und bot entsprechende Plätze an. Man wußte früher auch, daß

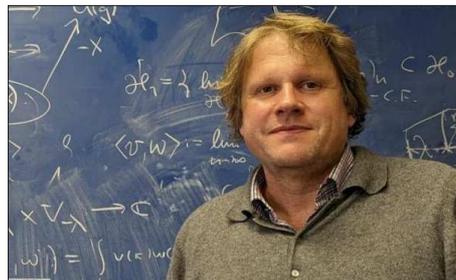
Exkurs: Auch vor dem Matheunterricht macht der Irrsinn nicht halt. Der Paderborner Mathematikprofessor Bernhard Krötz hat in *Welt online* am 7. März 2023 ein Sakrileg begangen. Er hat anhand eines Vergleichs der Mathematikleistungen deutscher und indischer Schüler nachgewiesen, daß sich das mit immer besseren Noten ständig schöngerechnete deutsche Bildungswesen seit 50 Jahren im Sinkflug befindet. Krötz belegt zum Beispiel, daß deutsche Studenten der Mathematik und der Naturwissenschaften kaum in der Lage seien, die in Indien üblichen 6-Stunden-Tests in den Fächern Mathematik, Physik und Chemie für den Zugang zur Universität (Joint Entrance Exam – JEE) zu bestehen. Das heißt zum Beispiel konkret: Indische Schüler müssen im Test unter größtem Zeitdruck mit anspruchsvollen Aufgaben aus den Bereichen Trigonometrische Funktionen sowie deren Ableitungen und Umkehrungen oder mit komplexen Zahlen umgehen. In Indien ist das wohlgerneht ein Anspruch an Schüler, die in Klassen mit 70 bis 100 Schülern 40 Wochenstunden Unterricht hinter sich haben. Im Vergleich dazu seien deutsche Studenten selbst nach universitären Brückenkursen mathematische Analphabeten, so Krötz.

Krötz geht noch weiter: Anhand eines Vergleichs der Mathe-Kenntnisse von heutigen Lehramtsstudenten des Faches Mathematik für Realschulen zeigt er, daß diese zum größten Teil nicht in der Lage wären, Mathe-Aufgaben zum Realschulabschluß des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 1971 zu bewältigen. Vorgenommen hat sich Krötz gerade im Vergleich mit den Mathe-Anforderungen in Indien den Entwurf eines 36-seitigen »Kernlehrplans Mathematik für die Sekundarstufe II« des Landes NRW (Fassung vom 23. Januar 2023). Der Paderborner Mathe-Professor hält diesen Lehrplanentwurf für dermaßen anspruchslos, daß man in Indien nur darüber lachen würde. Im Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium für Gesamtschulen in Nordrhein Westfalen 2023 wird als Bildungsziel der Mathematikausbildung formuliert:

»Im Rahmen der von allen Fächern zu erfüllenden Querschnittsaufgaben tragen insbesondere auch die Fächer des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeldes im Rahmen der Entwicklung von Gestaltungskompetenz zur kritischen Reflexion geschlechter- und kulturstereotyper Zuordnungen, zur Werteerziehung, zur Empathie und Solidarität, zum Aufbau sozialer Verantwortung, zur Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft, zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, auch für kommende Generationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, und zur kulturellen Mitgestaltung bei. Darüber hinaus leisten sie einen Beitrag zur interkulturellen Verständigung, zur interdisziplinären Verknüpfung von Kompetenzen, auch mit gesellschaftswissenschaftlichen und sprachlich-literarisch-künstlerischen Feldern, sowie zur Vorbereitung auf Ausbildung, Studium, Arbeit und Beruf.«

Krötz fragt zynisch: »Wie bitte!? Da fehlt eigentlich nur noch das Schulbekenntnis der Mathematik, daß diese ja rassistisch sei, weil sie von den alten weißen Griechen komme. Nach einem Bildungsziel wie dem folgenden sucht man im Lehrplanentwurf indes vergeblich: »Fähigkeit, manipulierte Statistiken und Schaubilder der Politik und der Medien zu entlarven«. Klar, das kann man nur, wenn man mathematisch solide, aber nicht pseudo-mathematisch auf »woke« getrimmt ist.«

Bernhard Krötz kritisiert, daß sogenannte geschlechtersensible Themen und interkulturelle Bildung zu Themen im Mathematikunterricht werden.



maximal 15 Prozent eines Jahrgangs zu einem solchen Abitur geführt werden können, das eine Anschlußfähigkeit zu einem weiterführenden Hochschulstudium sicherte. Das ist heute nicht mehr gesichert.

Außerdem ist ja bekannt, daß wie bei einer Pyramide die beruflichen Tätigkeiten in einer Gesellschaft aufeinander aufbauen und darüber hinaus nicht jeder das Talent zu jeder Tätigkeit hat. Nicht jeder kann Opernsänger werden; nicht jeder kann wie Konrad Kujau Hitler-Tagebücher erfinden und Gemälde jeden Kunststils fälschen; nicht jeder ist in der Lage, ordentlich Fliesen zu legen, nicht jeder Schmied ist in der Lage, eine schmiedeeiserne Rose hinzukriegen oder der Schlosser am sonderbaren Geräusch einer Maschine den Fehler sofort zu finden. Dazu bedarf es einer guten Ausbildung in einer Vielzahl von Berufen, die alle wichtig sind und in denen man fachlich was leisten kann. So mancher Politologe, der zum Lebenserhalt Taxi fahren muß, wäre als Bäcker, Fleischer oder Dachdecker glücklicher. Aber in der Konsum- und Spaßgesellschaft wird ehrliche Arbeit verachtet. Eine gute Berufsausbildung ist die Grundlage einer starken Volkswirtschaft.



oder Dachdecker glücklicher. Aber in der Konsum- und Spaßgesellschaft wird ehrliche Arbeit verachtet. Eine gute Berufsausbildung ist die Grundlage einer starken Volkswirtschaft.

Eine gute Berufsausbildung ist die Grundlage einer starken Volkswirtschaft. Indes wird ehrliche traditionelle Arbeit derart verachtet, ein eklatanter Bewerbermangel im Handwerk zu verzeichnen ist.

Das duale Berufsausbildungssystem und der deutsche Handwerksmeister sind das Herzstück der deutschen Industrie und des Wohlstandes. 1971 gab es noch 606 Ausbildungsberufe in der BRD. Noch haben wir 324 anerkannte Ausbildungsberufe, davon 130 Handwerksberufe. Nach angelsächsischem Muster wollen wir die auf 50 bis 100 Berufe weiter reduzieren, die in modulare Stücke zur handlichen Ausbildung zerschlagen werden sollen. Es soll dann im Handwerk nicht mehr den Gesellen und den Meister geben, sondern den ›Bachelor Professional‹ und den ›Master Professional‹. Im Jahr 2004 hatte die rot-grüne Regierung unter Schröder 53 Handwerksberufe »dereguliert«, das heißt die Meisterpflicht abgeschafft. 2020 wurde die Wiedereinführung der Meisterpflicht für 12 Berufe beschlossen. Blindwütig wird nach angelsächsischen Schablonen das deutsche Berufsbildungssystem zerschlagen. ›Verschlimmbesserung‹ nennt man so etwas.

Im Hochschulwesen haben wir durch den Bologna-Prozess schon eine krebsartige Wucherung von Bachelor-Studiengängen (9168) und Master-Studiengängen (9577). Die Besten an die Stelle zu bringen, wo sie ihr Bestes leisten können, gehörte früher zur politischen Vernunft und zum politischen Verstand. Beide fehlen heute in Deutschland. Dauernd von ›Fachkräftemangel‹ zu reden deutet auf Staatsversagen hin. Wir können heute sogar davon sprechen, daß durch den Bruch von Bun-



Foto: K., Niefeld

Anfang März meinte Olaf Scholz voller Optimismus: »In den nächsten Jahren wird Deutschland das Problem der Arbeitslosigkeit hinter sich lassen. Es gibt sehr viel zu tun, für das wir sehr viele Frauen und Männer brauchen, die hierzulande sich einsetzen, aber auch aus anderen Ländern dazukommen, damit all die Arbeit geschafft werden kann, die in Deutschland jetzt anfällt.« Was Scholz auch jetzt nicht erwähnte: Es war seine SPD, die mit der Durchsetzung der abschlagsfreien »Rente mit 63« für langjährig Versicherte 2014 dafür gesorgt hat, daß der Anstieg der Erwerbstätigenquote der über 60-Jährigen zum Stillstand gekommen ist. Daß die Frühverrentung wieder unattraktiver werden könnte, ist unwahrscheinlich. Gerade erst hat die Ampel dafür gesorgt, daß die Hinzuverdienstgrenze für Personen, die nicht bis zur Regelaltersgrenze gearbeitet haben, vom 1. Januar 2023 an endgültig wegfällt. So ungerecht diese Grenze im Einzelfall war – ein Anreiz, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zu arbeiten, ist die Regelung gerade nicht. Im damaligen Gesetzgebungsverfahren war von 200 000 bis 240 000 dieser Rentenanträge pro Jahr ausgegangen worden. Im vergangenen Jahr nutzten nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung vom November fast 270 000 Neurentner den abschlagsfreien Weg. Das waren etwa ein Viertel aller neuen Rentenn. (Quelle: *Süddeutsche Zeitung*)

desregierung und EU mit den nationalen Bildungstraditionen und den Übergang zu angelsächsischen Ausbildungspraktiken reinweg in Deutschland die Zukunft verspielt wird.

Zu der beruflichen Qualifikation gehört in jeder modernen nationalen Zivilisation eine umfassende Bildung, die aus dem Menschen eine Persönlichkeit macht. Das Individuum wird durch Lebenserfahrungen, Fähigkeiten und Bildung zur Persönlichkeit. Menschen müssen reifen. In schlechten Gesellschaften läßt man Menschen nicht reifen, sondern behindert sie dabei. Das rotzüberhebliche Wort von den »bildungsfernen Schichten« gäbe es in einer Bildungs- und Lerngesellschaft nicht. In unserer Gesellschaft werden Menschen bewußt unten gehalten und so Herrschaft gesichert. Die Worte heißen »Bildungsprivileg der Oberschichten« und »hermetische Sperren für den Aufstieg« der Unter- und Mittelschichten. Das gegenwärtige Bildungssystem der BRD ist so gebaut. Wer Talente versauern läßt, steigt in der Geschichte ab. Deutschland ist im Abstieg. Das wird sich auch in einem zukünftigen Fachkräftemangel zeigen, der nicht durch Einwanderung behebbar ist. Ja, man kann sogar prognostizieren, daß die gegenwärtige Einwanderung die planmäßige und nicht behebbar Erzeugung von Fachkräftemangel ist. Schon seit Jahren ist zu sehen, daß die Einwanderer Parallelgesellschaften bilden und die deutsche Sprache nicht mehr lernen. Wir selber beugen uns kulturell nach unten, indem wir ein Englisch der Unterschichten und der Digitalisiererei gegenüber gutem Deutsch bevorzugen. Flotter Spruch aus den 90er Jahren: »Manche denken, das ihr schlechtes Englisch gutes Deutsch ist.« Wir sind jetzt dort. Wenn wir feststellen dürfen, daß in Westdeutschland 50% der Kinder unter 10 Jahren einen Migrationshintergrund haben und die sich in spätestens 15 Jahren ans Kinderkriegen machen, dann dürfte ohne eine gewaltige nationale Bildungsinitiative der gegenwärtige Stand von technischer Zivilisation und deutscher Kultur nicht mehr zu halten sein. Der Anteil der Be-

Der Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor (CDU) sieht Migration nicht als Allheilmittel für den Fachkräftemangel in Deutschland. Die deutschen Auslandsvertretungen könnten nur 40.000 bis 50.000 Anträge im Jahr bearbeiten. Das sei weit entfernt von den von der Bundesregierung genannten 400.000 benötigten Zuwanderern pro Jahr. Er regte an, die Potenziale im Land besser zu nutzen, und meinte: »Wir wollen Fachkräfte, aber nicht auf dem Ticket des Asylrechts.«



völkerung in Deutschland ohne beruflichen Abschluss beträgt gegenwärtig 12,4% unter den Deutschen, bei Menschen aus dem Mittleren und Nahen Osten über 40 %, bei Menschen aus Afrika 50,7%, bei Syrern 67,6% und bei Afghanen 70,2%. Wenn in Berlin das kriminelle Milieu von 10 arabischen Clans bestimmt wird, dann dürfte dies ein kleiner Blick in die Zukunft sein. Noch leben wir aus der Substanz. Wenn wir gegenwärtig um die Einwanderung von Fachkräften werben, werden die klugen Ausländer gern einen großen Bogen um das Abstiegsland Deutschland machen. Wer möchte denn in ein Land einwandern, wo die Gesellschaft zerfällt und der Staat die Sicherheit nicht mehr garantiert?

Derzeit lese ich gerade Frank Sieren *Der China Code. Wie das boomende Reich der Mitte Deutschland verändert* (Econ Verlag, Berlin 2005). Sieren resümiert die wechselvolle Geschichte Chinas und weist nach, warum China aus jeder nationalen Krise herauskam und jetzt wieder das »Reich der Mitte« ist: Fundamental sind immer das Wir-Gefühl und ein funktionierender Staat gewesen. Statt von Wir-Gefühl kann man auch von Patriotismus sprechen. Ein funktionierender Staat kümmert sich um alle Probleme des Volkes im Sinne des Volkes und ist dabei effektiv. Bürokratie dient dabei der Durchsetzung rationaler Entscheidungen, und nicht der Abwehr von Rechten des Volkes. Für die Bundesrepublik Deutschland kann man heute getrost feststellen, daß wir kein Wir-Gefühl mehr haben sollen und die EU-Kommission den deutschen Staat ersetzt hat. Die deutschen Staatsstrukturen dienen diktatorischem EU-Recht. Allein bei der Repressionsfunktion dürfen wir eigene Wildheit entwickeln. Bei »Mainz bleibt Mainz« wurde 2023 gekalauert: »Angela Merkel stammt aus der DDR, und in der DDR gab es keine Bananen. Deshalb hat sie aus der BRD eine Bananenrepublik gemacht.« Im Humor ist bittere Wahrheit. Wir sind auf einem Höllenritt. Wenn das deutsche Volk das endlich erkennt, dann besteht noch ein bißchen Hoffnung. ■ Michael N. Berg (Dresden)

Sieren schildert anschaulich, wie es zu dem rasanten Aufstieg Chinas gekommen ist. Das lasse sich nur verstehen, wenn man auch seine Geschichte kennt: China ist eine alte Kultur, war schon einmal eine Weltmacht; eine Händlermacht; dann ist sie abgestiegen, zersplittert, am Ende in Chaos untergegangen; war ein unterlegenes Entwicklungsland. Das prägt, auf ambivalente Weise, bis heute: kommerzielles Geschick, tief sitzende Angst vor Aufruhr und Chaos, nationales Selbstbewußtsein, ein stabiles »Wir-Gefühl«, ein Nerv für westliche Arroganz. All das unterstütze den neuerlichen Aufstieg Chinas, meint Sieren.



Wolfgang Koeppen und die 100 N-Wörter

Eine schwarze Deutschlehrerin in Ulm namens Jasmin Blunt hält es für unzumutbar, daß sich Prüflinge an Berufsgymnasien in Baden-Württemberg auf einen siebzig Jahre alten Roman des Wolfgang Koeppen, *Tauben im Gras*, vorbereiten, und hat sich geweigert, die Pflichtlektüre wegen rassistischen Vokabulars im Unterricht zu behandeln. Bei den »Tagesthemen« beklagte die junge Lehrerin ihr Leseerlebnis: »Das war einer der schlimmsten Tage meines Lebens.« Das »N-Wort« tauche in dem Roman rund hundertmal auf, das Wort sei »Gewalt«, sie sei in Tränen ausgebrochen. Eine Petition ihrer Unterstützer verhallte indes im Kultusministerium ungehört. Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) hält an der umstrittenen Abi-Pflichtlektüre für berufliche Gymnasien fest und nimmt sie trotz der »drastischen Sprache« in Schutz: »Es geht darum, deutlich zu machen, wie Rassismus Gesellschaften prägt: damals in den 50er-Jahren, als der Roman entstanden ist, aber auch heute. Das zu behandeln, finde ich sehr wichtig.« Blunt hat inzwischen den Schuldienst quittiert.

Wovon handelt Koeppens Roman aus dem Jahre 1951? Dessen sich schlängelnde Handlung spielt sich in einer deutschen Großstadt (man vermutet München) ab und soll die moralisch in Trümmern liegende Bundesrepublik wiedergeben. In einem der raren Werke dieser Jahre, die Schwarze zu Protagonisten machen, sehen sich schwarze US-Soldaten dem Rassismus der Deutschen aller Milieus ausgesetzt. Anders als die Mehrzahl der deutschen Figuren in diesem Roman werden der Idealist Washington Price, der mit seiner deutschen Geliebten ein uneheliches Kind gezeugt hat, und der beherzte Pragmatiker Odysseus Cotton sympathisch dargestellt. Dem damaligen Sprachgebrauch entsprechend, wurden Schwarze mit dem »N-Wort« bezeichnet. Der Träger des Büchner-Preises Koeppen verwendet beispielsweise auch den damals gängigen Begriff »Niggermusik« als Bezeichnung für die von Afroamerikanern geprägten Musikstile wie Blues und Jazz. Soll das nicht mehr gelesen werden?

Jetzt wird auch die deutschsprachige Nachkriegsliteratur des Rassismus verdächtigt: Koeppens Roman dürfte nicht der einzige Roman bleiben, dem eine diskriminierende Sprache vorgeworfen wird. Der Vorfall, der keineswegs überraschend ist, geschah vor dem Hintergrund des sogenannten »Sensitivity Reading«.



Wolfgang Koeppen
(1906–1996)

Sensitivity Reading bedeutet wörtlich übersetzt »Gegenlesen bei sensiblen Themen«. Eine »zeitgemäße Anpassung« im Hinblick auf rassistische, frauenfeindliche oder homophobe Sprache wird angestrebt. Mit anderen Worten: Eine Zensur von Kunstwerken ist in vollem Gange. Auf die nachträglichen Änderungen in Büchern von Otfried Preußler oder Astrid Lindgren haben wir im *Freien Forum* bereits hingewiesen, ebenso auf Karl-May-Coverversionen für Kinder, die vom Markt zurückgezogen wurden. ■

CDU will Hans-Georg Maaßen ausschließen

Der Ex-Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, soll laut einstimmigem Beschluß aus der CDU ausgeschlossen werden. Man begründet dies mit kritischen Aussagen über die Ausländerpolitik. Laut Maaßen herrscht heute ein »eliminatorischer Rassismus gegen Weiße« vor, da diese »nach einer grün-roten Rassenlehre« eine »minderwertige Rasse« seien. Die etablierten Medien zitierten aber Maaßens Äußerungen unvollständig. Es war der sprichwörtliche Tropfen, der das Faß für die CDU zum Überlaufen brachte, denn der wertkonservative 60jährige steht schon lange auf deren Abschlußliste. So ist es auch bezeichnend, daß er seinen Posten als BfV-Präsident nicht auf Grund von Dienstverfehlungen verlor, sondern wegen seiner Ehrlichkeit.



Hans-Georg
Maaßen

Im Sommer 2018 töteten arabische Asylheischende in Chemnitz Daniel Hilig. Im Anschluß daran folgten Massendemonstrationen gegen Migrantengewalt. Um von diesem Verbrechen abzulenken, erfanden die Systemmedien »rassistische Hetzjagden auf Ausländer«. Doch Maaßen betonte, daß diese Version nicht der Wahrheit entspricht. Schließlich war die Gewalt allein von den sog. »Schutzsuchenden« ausgegangen. Und kürzlich legte Maaßen nach: »Diese verantwortlichen Politiker und Haltungsjournalisten wollen die Folgen der Migrationspolitik. Sie wollen die Massenzuwanderung, weil sie ihre Ideologie umsetzen wollen und weil sie Deutschland und das deutsche Volk hassen. Sie sagen mittlerweile ganz offen, um was es geht. Die deutschen ›Weißbrote‹ oder ›Kartoffeln‹ – damit sind wir Deutschen gemeint – werden in fünfzig bis hundert Jahren gar nicht mehr existieren, und es sei gut, dass Migranten zu uns kommen, damit es diese ›Weißbrote‹ nicht mehr gebe.“

Laut Maaßen handelt es sich hierbei um einen »Rassismus, der gegen die einheimischen Deutschen betrieben wird. Wenn hier nun von Politikern und Haltungsjournalisten behauptet wird, einen Rassismus gegen Weiße oder gegen Deutsche gebe es nicht, dann bedeutet dies, dass politische Verfolgung aus rassistischen Gründen gegen Weiße erlaubt ist, und dies ist nichts anderes, als uns abzusprechen, dass wir gegenüber Migranten gleichwertige Menschen sind«. Damit beleidigte der CDU-Rechte niemanden, sondern verlangt nur eine gleichwertige Behandlung für Weiße. Über die Ökomarxisten sagte Maaßen: »Dieses Denken ist Ausdruck einer grün-roten Rassenlehre, nach der Weiße als minderwertige Rasse angesehen wird und man deshalb arabische und afrikanische Männer ins Land holen müsse. Diese grün-rote Rassenlehre ist in den Köpfen der sogenannten Antideutschen entstanden, einer linksextremistischen politischen Sekte, der mittlerweile viele grüne und auch sozialdemokratische Politiker anhängen.« Und diese Wahrheiten verträgt die schon lange auf Multikulti getrimmte CDU nicht. Im AUF1-Interview meinte Maaßen, der den »dramatischen Systemwechsel seit 2018« beklagt: »Die CDU hängt eher an den Grünen.« ■

Künstliche Intelligenz kann den Menschen nicht ersetzen

Kaum ist die Corona-Krise einigermaßen überwunden, wird jedem von uns täglich vor Augen geführt, daß wir in einer epochalen Krise stecken: durch den Krieg in der Ukraine bedingte Energie- und die Inflationskrise, erneut zunehmende Flüchtlingskrise, Klima- und Umweltkrise, Krise in der Bundeswehr, in der Bildung, im medizinischen Bereich und am Arbeitsmarkt überhaupt, eine neue Bankenkrise zeichnet sich ab. Kommt es zu Engpässen bei der Lieferung eines Produkts oder erhöhen sich die Preise für bestimmte Rohprodukte übermäßig, wie beispielsweise bei Kakao-Preisen immer wieder der Fall, dann ist die ›Krise‹ im Anmarsch oder schon da, bei unserem Beispiel die Schokoladenkrise.

Ob diese Krisen durch menschliches Versagen hervorgerufen sind oder Teil einer allgemeinen *systemischen* Krise sind, hoffen immer mehr Branchen und Führungskräfte auf das angeblich problemlösende Allheilmittel Künstliche Intelligenz (KI) – nach dem Motto: Künstliche Intelligenz könne alles und werde alles können.

Tatsache ist, daß die Künstliche Intelligenz bereits im Alltag angekommen ist; man denke unter anderem an die Anwendungsbereiche Handschrifterkennung, Sprachassistenten, maschinelle Übersetzung, Generierung von Nachrichten, Steuerung von fahrerlosen Autos. KI kann Verkehrsströme berechnen und dazu beitragen, viel CO₂ einzusparen. Sie kann Wetterphänomene kalkulieren und vor Orkanen oder ähnlich extremen Wetterbildern warnen. Sie kann riesige Datenmengen binnen Sekunden durchforsten und dabei helfen, neue Schlüsse zu ziehen. In der allgemeinen Euphorie wird bereits gemutmaßt, daß Patienten in 10 oder 15 Jahren wohl individuell hergestellte und genau auf ihre Beschwerden abgestimmte Medikamente bekommen werden, die frei von Nebenwirkungen sind. Und nicht zuletzt kann sie Texte in jede x-beliebige Sprache übersetzen, was nicht nur im Urlaub, sondern auch in der Diplomatie und der Wissenschaft von Nutzen ist.

Seit ein paar Monaten ist ChatGTP (›Generative Pre-trained Transformer‹) in nahezu aller Munde. Es handelt sich um eine sprachbezogene KI, die von dem Silicon-Valley-Labor Open AI entwickelt und Ende 2022 veröffentlicht wurde, also um eine Art Sprachgenerator. Nach nur wenigen Monaten macht ChatGPT Furore und wird von Millionen von Anwendern euphorisch als Siegeszug der KI gefeiert; sowohl von Marketern und Journalisten als auch von Schülern und Studenten, denn nun könnten Hausaufgaben wie das Schreiben von Aufsätzen oder Zusammenfassungen obsolet werden und Semester- bzw. Bachelorarbeiten damit erstellt werden. ChatGTP kann nämlich selbständig und rasch völlig neue Textinhalte verfassen aufgrund vorhandener Textquellen, nachdem der Anwender dem Textgenerator eine Fachfrage oder ein bestimmtes Thema, mögen diese noch so abstrus sein, gestellt hat. Selbst Politiker könnten versucht sein. . .

Grenzen und erhebliche Risiken

Die *Süddeutsche Zeitung* hat allerdings das Kernproblem dieser neuen Technik schnell erkannt und bezeichnete Anfang Dezember 2022 die freie Zugänglichkeit von

ChatGPT als »bedenklich«, da viele Internetnutzer dessen Antworten nicht hinterfragten und wegen fehlender Quellenangaben auch nicht in der Lage seien, sie auf Korrektheit zu prüfen. Eine klare Schwäche von ChatGPT ist nämlich, daß er nicht zwischen Fakten, Fake und Fiktion unterscheiden kann. Eine Transparenz hinsichtlich der Herkunft und der Aufbereitung der Daten fehlt völlig. ChatGPT ist daher auf die Qualität und die Anzahl der Quellen angewiesen, auf die es zugreift. Sind in diesen Inhalte nur spärlich vorhanden, fallen auch die Ergebnisse ungenügend. Da ChatGPT keine eigene kreative Intelligenz erbringt, kann es vorkommen, daß das Programm bei anspruchsvollen Fachfragen zu »spinnen« anfängt und völlig daneben liegt. Ein erhebliches Risiko stellt die Tatsache dar, daß bislang wenig darüber bekannt ist, *wie* ChatGPT die Texte auswählt, die in seine Antworten einfließen. Es ist lediglich bekannt, daß sich KI an der Menge von Texten und Meinungen orientiert, die im Internet zu einem Thema vorhanden ist. Ute Schmid, Expertin bei der KI-Plattform Lernende Systeme, meint: »Im Extremfall bedeutet das: Wenn mehr Leute behaupten würden, die Erde ist eine Scheibe als dass sie rund ist, könnte ChatGPT diese Falschinformation übernehmen.«

Kritische Fachleute haben nicht nur die Leistungsfähigkeit und Intelligenzleistung, also die Grenzen, von ChatGPT relativiert, sondern auch seine Gefahren herausgestellt. Wir beziehen uns hierbei auf folgende Quelle: <https://www.hrpraxis.ch/2023/02/die-20-gefahren-von-chat-gpt-von-denen-niemand-spricht.html>

Es besteht die Gefahr, daß *das individuelle Wissen* in der Zukunft an Wert verliert und daß vor allem junge Menschen das Lernen verlernen und zunehmend die Fähigkeit verlorengelht, selbständig zu denken und Probleme zu lösen; die Urteilsfähigkeit abhandenkommt, sofern man sich nur noch auf die Antworten von ChatGPT verläßt. Gefährdet ist auch der Journalismus, der versucht sein wird, zu so generierten Texten zu greifen. Überhaupt ist es von der Politik fahrlässig und unverantwortlich, ein solches Instrument privaten Unternehmen zu überlassen, vor allem wenn zweifelhafte Personen wie Musk (Elon Musk will dem KI-Tool ChatGPT Konkurrenz machen und gründet ein eigenes Forschungslabor zu Künstlicher Intelligenz) involviert sind. bei wichtigen Fragen und Problemen nicht mehr zu wissen, ob eine Informationen nun von Menschen oder von ChatGPT kommt? ChatGPT könnten auch als Waffe mißbraucht werden, um das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und letztlich in die Demokratie zu zerstören. Die Hacker- und Manipulationsgefahren sind ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Schon heute sind Computer dem Menschen in einigen Aufgabengebieten weit überlegen, man denke an die Durchführung komplexer Rechenoperationen. Doch kann ein Computer keine Kreativität, Emotionalität oder strategisches Denken abbilden. Wir sind daher überzeugt, daß künstliche Intelligenz die menschliche Intelligenz nicht überholen wird. Was heißt das, bezogen auf ChatGPT, für die Zukunft? Es wird einige Nutzer, eine Minderheit, geben, die diese Sprach-KI zu hinterfragen verstehen, während die anderen, die große Mehrheit, es verlernt haben werden zu lernen und das Denken an den sogenannten »Chatbot« (das Dialogsystem, das den Dialog zwischen Mensch und technischem System ermöglicht) abdelegieren. ■

Ernüchternde/erschütternde Zahlen

Am 31. Dezember 2022 waren in Deutschland insgesamt 304.308 Ausländer ausreisepflichtig. Die Mehrzahl von ihnen wird jedoch geduldet. Allein in Berlin haben 2000 Ausreisepflichtige eine ungeklärte Zukunft. Die deutsche Hauptstadt hat dem entsprechend mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. (Quelle: *welt.de*, 8.3.2023)

Mit jedem Tag verschlimmert sich die Lage an der Asylfont. Im Jahr 2023 wurden laut dem Bundesamt für Migration (BAMF) bereits innerhalb von zwei Monaten **54.333 Erst-Asylanträge** gestellt. Das ist eine Zunahme um 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr! Am stärksten vertreten sind Staatsangehörige aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. (Quelle: *m.bild.de*, 12.3.2023)

Die Flüchtlingskrise stellt die deutschen Kommunen vor neue Herausforderungen und bringt sie in arge Bedrängnis. Dresden als Beispiel sollte in diesem Jahr 1600 Geflüchtete unterbringen. Nun verfügte der Bund, daß Dresden statt dessen 2200 Menschen aufnehmen soll. Dafür werden eiligst **Wohncontainer** für 824 Migranten an neun Standorten **für 47 Millionen Euro** errichtet. (Quelle: *sächsische.de*, 8.3.2023)

Etwa 1,4 Millionen **Ukrainer** wurden seit Kriegsbeginn nach Deutschland umverteilt. Die Zahlen weichen stark von früheren Angaben ab. Das sind rund 400.000 Ukrainer mehr, als zuletzt vom Innenministerium offiziell angegeben. (Quelle: *freilich-magazin.com*, 12.3.2023)

Rekord: Innerhalb nur eines Jahres hat die **Evangelische Kirche in Deutschland** (EKD) 575.000 Mitglieder verloren – so viele wie noch nie in zwölf Monaten und fast 36 Prozent mehr als im Vorjahr. Doch bei der Erklärung blendet die Kirche den wichtigsten Grund aus. (*Junge Freiheit*, 9.3.2023)

Nicht nur Stars und Sternchen sitzen in der Maske – auch Politiker. Wie die Tageszeitung *Bild* erfahren haben will, sind die **Kosten für Pudern, Schminken und Stylen** seit dem Regierungswechsel 2021 rasant gestiegen. Stolze 136.500 Euro wurden für Annalena Baerbocks Maskenbildnerin 2022 fällig. Bei Innenministerin Nancy Faeser kommen »lediglich« Kosten in Höhe von 7500 Euro zusammen. »Dick aufgetragen: So verpudern Politiker unser Steuergeld«, befand die *Bild*.

Im Berliner Bezirk Neukölln läuft alle sieben Minuten ein Polizeieinsatz. Zumeist geht es um Raub und Körperverletzung. Die Einsätze finden vor allem in sozialen Brennpunkten statt. Das sind knapp **200 Polizeieinsätze am Tag** und rund 72.500 im Jahr. (Quelle: *welt.de*)

Sahra Wagenknecht kämpft wortgewandt gegen den Kapitalismus und verdient prächtig dabei. Zwischen 2021 und Anfang 2023 hat die Klassenkämpferin der Bundestagsverwaltung insgesamt 792.961,43 Euro an Nebeneinkünften gemeldet. Und das zusätzlich zu ihren Abgeordnetendiäten von mehr als 120.000 Euro sowie der steuerfreien Aufwandsentschädigung von rund 57.000 Euro im Jahr. (Quelle u.a.: *Cicero*, 23.3.2023)

FPÖ im Höhenflug

Kaum vier Jahre nach dem medial inszenierten sog. Ibiza-Skandal und dem Ausscheiden aus der Bundesregierung sowie dem folgenden Absturz der FPÖ bei Wahlen befinden sich die Freiheitlichen wieder im Höhenflug. Die von Herbert Kickl angeführte Oppositionspartei treibt derzeit nicht nur die herrschenden Parteien ÖVP und Grüne vor sich her, sondern auch die SPÖ, die seit Wochen mit sich selbst beschäftigt ist. Denn die Genossen ringen um die Obmannschaft. Die glücklose Pamela Rendi-Wagner, der als akademisch gebildeter Wiener Linken der Stallgeruch der Gemeindebauproleten fehlt, wird nämlich vom erfolgreichen, mit absoluter Mehrheit regierenden burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil herausgefordert. Der Parteirechte hatte in seinem Bundesland mit der FPÖ koalitiert und will die auf Bundesebene schwächelnde Sozialdemokratie wieder nach vorn bringen. Demnächst wird in einer Mitgliederbefragung darüber entschieden, wer die SPÖ führen soll.

Diese Probleme hat die FPÖ nicht. Kickl als Obmann ist unumstritten. Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich am 29. Januar gewannen die Blauen fast 10 % dazu und schafften mit gut 25 % Platz 2. Obwohl die dort regierende ÖVP vor der Wahl eine Zusammenarbeit mit der FPÖ abgelehnt hatte, vereinbarten nun beide Parteien eine Koalition. Dabei setzte die FPÖ durch, daß es einen mit 30 Millionen Euro dotierten Corona-Fonds gibt, aus dem Opfer der Corona-Maßnahmen entschädigt werden. Bei der späteren Landtagswahl in Kärnten verlor die regierende SPÖ stark, wobei dort aber die FPÖ nur wenig zulegen konnte. Verheißungsvoller sieht es bei den Landtagswahlen in Salzburg am 23. April aus. Der mit NEOS und Grünen regierenden ÖVP werden herbe Verluste vorausgesagt, der SPÖ ebenso, während die FPÖ starke Gewinne einfahren dürfte. Weder ÖVP noch SPÖ schlossen wohlweislich eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen aus. Damit dürften die Blauen auch im Bundesland Salzburg über die Bildung der Landesregierung mitentscheiden.

Auf Bundesebene liegt die FPÖ gegenwärtig mit 27 % einsam und allein an der Spitze. In anderen Umfragen rangieren die Blauen gar um die 30 %. Auf Platz 2 weit abgeschlagen, befindet sich die Kanzlerpartei ÖVP mit 23 %, gefolgt von der glücklosen SPÖ mit 22 %. Die linksliberalen NEOS liegen bei 12 %, die mitregierenden Grünen bei 10 %. Die Bierpartei würde mit 4 % ebenfalls in den Nationalrat einziehen. Das Geheimnis des blauen Erfolges dürfte deren klare Linie und volksnahe Politik sein. So war die FPÖ von Anfang an gegen die Corona-Maßnahmen. Außerdem ist sie die einzige Partei, die sich gegen den selbstschädigenden Sanktionswahnsinn gegen Rußland sowie den Klimairrsinn ausspricht. Ferner bietet sie der EU die Stirn und ist gegen die Masseneinwanderung bei offenen Grenzen. ■



Rund 30 Prozent bei der Sonntagsfrage. Der Umfragen-Höhenflug der Freiheitlichen um Kickl setzt sich fort.

Kurzmeldungen

Krise bei Adidas: Der fränkische Sportartikelhersteller Adidas rechnet für 2023 mit Umsatzeinbußen von 1,2 Milliarden Euro und damit mit Verlusten von bis zu 700 Millionen Euro. Hierbei handelt es sich um hausgemachte Probleme. Denn seit Jahren steht die politische Korrektheit beim zeitgeistigen Konzern ganz oben. So machte man mit dem schwarzen Rapper Kayne West, der mit dem Etikett »Yeezy« Kleidung und Schuhe anpries, Milliardenumsätze. Doch Kayne West entwickelte eine Eigendynamik und machte politisch unkorrekte Äußerungen. Zuerst lobte er Donald Trump, dann wies er darauf hin, daß es auch Rassismus gegen Weiße gebe. Doch danach schaltete er den Turbo ein und meinte: »Ich mag Hitler«, ja sagte sogar: »Ich liebe Nazis!« Für Adidas – den Namen schuf der Gründer Adolf Dassler, Adi Das – bestand schließlich Handlungsbedarf. Man beendete die Zusammenarbeit mit dem braunen Schwarzen, was einen Verlust von 600 Millionen Euro bedeutete. Nun liegen aber noch Millionen »Yeezy«-Artikel in den Lagern, die man womöglich vernichten will, was die Bilanz mit weiteren 700 Millionen Euro belasten würde. (Quelle: *Der Spiegel*)

Franzosen emigrieren. Nicht nur Deutsche verlassen ihre Heimat, auch Franzosen. Auf Grund der zunehmenden Verausländerung ihrer Heimat und der damit verbundenen Misere im Schulwesen sowie schwindender innerer Sicherheit zieht es nicht wenige Familien von Frankreich nach Ost(mittel)- und Südosteuropa, vor allem in die Tschechei sowie nach Polen und Ungarn. Laut einer Umfrage fühlen sich 67 % aller Franzosen im eigenen Land nicht mehr sicher. Ein beliebter Anlaufpunkt ist das Gebiet um den Moldaustausee im südlichsten Zipfel Böhmens an der Grenze zu Österreich. In diesem malerischen Waldgebiet siedelten sich mehrere französische Familien an. Dort sind sie genauso willkommen wie in Orbáns Ungarn, wo ebenfalls autochthone Europäer in Sicherheit leben können. (Quelle: *Remix News*)

Kaum Abschiebungen. In der BRD werden immer weniger abgelehnte Asylbewerber abgeschoben. 2022 wurden lediglich 12.945 Abschiebungen erfolgreich durchgeführt. Das entspricht gerade einem Drittel aller angesetzten Termine. Gründe dafür sind entweder Abwesenheit der Personen – so werden einige dank undichter Behördenstellen vorher gewarnt und tauchen unter – oder die Weigerung des Heimatstaates, ihre Staatsbürger zurückzunehmen. In manchen Fällen verhindern auch medizinische Gründe oder neu eingelegte Rechtsmittel eine Außer-Landes-Bringung bzw. verweigerten Piloten deren Mitnahme oder randalierten die Asylbewerber. Im Bundesland Berlin scheiterten die meisten Abschiebungen. (Quelle: *Die Welt*)

Grundsatzurteil: Afghanen dürfen wegen Armut bleiben. Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim setzt neue Maßstäbe beim Abschiebeverbot nach Afghanistan – und bekommt aus der Fachwelt Zustimmung. Die Lebensumstände in Afghanistan seien so prekär, daß »ohne tragfähiges soziales Netzwerk« nicht

einmal die elementarsten Bedürfnisse wie Bett, Brot und Seife befriedigt werden könnten. (Quelle: *stuttgarter-zeitung.de*, 11.3.2023)

Angela Merkel erhält den UNESCO-Friedenspreis. Am 8. März wurde Altbundeskanzlerin Angela Merkel in Yamoussoukro, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, mit dem Unesco-Friedenspreis ausgezeichnet. Sie wurde für ihre »mutige Entscheidung« geehrt, 2015 mehr als 1,2 Millionen Migranten und Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. (Quelle: 7.2.2023)



Angela Merkel bei der Verleihung des UNESCO-Preises.

Englisch als zweite Amtssprache. Da Deutsch für Einwanderer zu schwierig sei, fordert der Vorsitzende der Industrie und Handelskammer (DIHK) die Einführung von Englisch als zweite Amtssprache. Ganz einfach zu bewältigen: Beamte sollten Englisch können. Bei den Beamten regt sich jedoch vielfach Unmut. Für Ulrich Stock, der Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes in Sachsen-Anhalt, geht die Forderung zu weit. »Allein die Tatsache, alle Verwaltungsakte zwingend in einer zweiten Sprache verfassen zu können, wäre ein bürokratisches Monster mit vielen juristischen Unwägbarkeiten«, meint er. Und die Politik? Die FDP ist eindeutig dafür, wen wundert es? Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) plädierte öffentlich dafür. Die Forderung, Englisch zur »zweiten Sprache in der Verwaltung« zu machen, war der achte von zehn Punkten eines »Zuwanderungsprogramms für Fachkräfte« - offenbar geleitet von der Annahme, daß Arbeitssuchende aus dem Ausland, die kein Deutsch sprechen, in jedem Fall Englisch beherrschen. (Quelle u.a.: *Münchner Merkur*, 3.2.2023)

Demos in Sachsen. Der Widerstand der Bevölkerung gegen die Überfremdung und die Kriegspolitik der volksfeindlichen Herrschenden ist in Sachsen besonders groß. So finden an Montagen in vielen Städten und Dörfern Spaziergänge besorgter



Auch in Chemnitz finden regelmäßig Montags-Spaziergänge und -Demos statt.

Bürger statt. In Bautzen etwa versammeln sich regelmäßig über 1000 Bürger, um mit Rufen wie »Wir sind das Volk« gegen die Systemparteien zu demonstrieren. Und in der Gemeinde Lossatal im Landkreis Leipzig protestierten im März Hunderte gegen die Einrichtung eines Heimes für sog. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Denn im nur 1000 Seelen-Ort sollen Hunderte Asylheisende einquartiert werden. Unterstützt wurde der Bürgerprotest durch die patriotische Wählervereinigung »Freie Sachsen«. (Quelle: *Freie Sachsen*)

Wiener Moschee-Studie. Eine Wiener Moschee-Studie beweist, daß Moslems in Österreich die vielgepriesene Integration ablehnen und lieber ihre Werte leben. Danach werde bei den Predigten in Moscheen türkische bzw. antiwestliche Propaganda betrieben. Auch würden die Werte der EU abgelehnt. Vor allem grämt die etablierten Politiker, daß eine »emotionale Verbundenheit mit der österreichischen Gesellschaft in keiner der untersuchten Moscheen zu beobachten« gewesen sei. In den meisten islamischen Gebetshäusern erfolge eine konservative Auslegung des Islam, und zwar »unabhängig von der Ethnie«. Nicht zuletzt aus diesen Gründen sind Bürgermeister der oberösterreichischen Attersee-Region besorgt, daß sich das bislang von ihnen unterstützte islamische Gebetshaus in Vöcklabruck zu einem Fremdkörper in der Region entwickeln könnte. (Quelle: *AUF1*)

»Zeichen der Vielfalt«. Im Düsseldorfer Stadtteil Oberbilk hat die Stadt erstmals ein Straßenschild auf Arabisch anbringen lassen. In Oberbilk leben schon seit mehreren Generationen viele Menschen mit marokkanischem und maghrebenischem Hintergrund. Das arabische Straßenschild soll die Vielfalt des Viertels und den Bezug zwischen dem Stadtteil und der ›Community‹ stärken. Es sei ein weiteres Zeichen für Repräsentation und Zusammenhalt, teilte Samy Charchira (Grüne), Rats Herr für Oberbilk und integrationspolitischer Sprecher der Ratsfraktion, mit. In den sozialen Medien mußte der Verein ›Flüchtlinge sind in Düsseldorf willkommen‹ dem WDR zufolge »viel Haß« wegen eines Posts mit einem Foto des neuen Straßenschildes über sich ergehen lassen. Die Vorsitzende des Vereins, Hildegard Düsing-Krems, berichtete dem WDR, daß der Verein die Kommentarfunktion unter dem Post aufgrund einer »Flut von Haß-Kommentaren« abschalten mußte. Dessen ungeachtet seien weitere zweisprachige Straßenschilder in Düsseldorf in Planung. (Quelle: u.a. *Ruhr-Nachrichten*, 18.3.2023)

Schweden denkt um. Nach Jahrzehnten sozialistischer Überfremdungspolitik schlägt die neue Mitte-Rechts-Regierung auf Grund wachsender Probleme mit eingewanderten Moslems in Stockholm eine Änderung in der Migrationspolitik ein. So will der Staat nun höhere »Heimkehrprämien« solchen Ausländern im Land zahlen, die freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Derzeit bekommt eine Familie mit Aufenthaltserlaubnis in Schweden 3500 Euro »Reiseunterstützung«, falls sie das Land verlassen. Dieser Betrag soll jetzt aufgestockt werden. Vorbild dieser Aktion ist Dänemark. Dort kehrten bis zu 500 Ausländer dem Staat den Rücken. In Schweden waren es bislang nur 46. Ein Grund dafür könnten die hohen Sozialleistungen sein, die man dort erhält. (Quelle: *Remix News*)

Für EMRK-Austritt. Oberösterreichs stellvertretender Landeshauptmann (Vize-Ministerpräsident) Manfred Haimbuchner (FPÖ) gilt als eher liberaler Vertreter seiner Partei. Der Corpsstudent befindet sich schon in der zweiten Legislaturperiode in einer Koalition mit der ÖVP in Linz. Nun ließ er mit einem Vorschlag aufhorchen. Wegen der hohen Zahl an abgelehnten Asylbewerbern in Österreich, die auf Grund diverser Hindernisse nicht abgeschoben werden können, u.a. ›dank‹ der immer ausufernder ausgelegten Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch den in Luxemburg sitzenden Europäischen Gerichtshof (EuGH), regte Haimbuchner an, aus der EMRK auszutreten, falls Abhilfe anders nicht möglich sei. Wörtlich sagte der FPÖ-Politiker: »Ein Austritt ist für mich nicht das primäre Ziel. Aber ich nehme es in Kauf, wenn ich zwischen der Sicherheit für die österreichische Bevölkerung und einer Konvention wählen muß.« Vorreiter hierbei ist Großbritannien, dessen Premier Anfang Februar einen solchen Schritt androhte. (Quelle: *nachrichten.at*)



Manfred
Haimbuchner

LGBTQ-Wahn. Der staatlich geduldete Mißbrauch von Kindern durch die globalistische LGBTQ-Propaganda breitet sich immer mehr aus. Das als Frühsexualisierung getarnte Umerziehungsprojekt wurde aus den USA eingeschleppt und vergiftet nun auch in Europa die Kinderseelen. So machte etwa in Österreich mit staatlicher Duldung ein sog. Jugendmagazin mit dem Namen *Jung Österreich (JÖ)* bezahlte LGBTQ-Propaganda. Das Heftchen erscheint monatlich und wird von Schulen angepriesen. Mit schwachsinnigen Ausführungen über Geschlechter werden Minderjährige verwirrt. Besonders die orgiastisch angepriesene Geschlechtsumwandlung bereits für Jugendliche kann zu schlimmen psychischen Schäden bei Pubertierenden führen. Und im unterfränkischen Haßfurt mußten Schüler eine Woche lang Kleider des anderen Geschlechts tragen und Buben sich schminken. (Quelle: *AUF1*)

Etappensieg für AfD. Die AfD klagte vor dem Bundesverfassungsgericht wegen Benachteiligung ihrer parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. Dieser hatte man – im Gegensatz zu den anderen Stiftungen, die den Altparteien nahestehen – keine Fördermittel zugeteilt. Das Karlsruher Höchstgericht entschied nun, daß die bisherige Praxis ohne gesetzliche Grundlage erfolgte und geändert werden müsse. Denn beim Verteilen der insgesamt über 600 Millionen Euro bedarf es eines besonderen Gesetzes, das die Vergabe regelt. Nach jetziger Praxis stützt man sich auf das Haushaltsgesetz, das die Gewährung von Globalzuschüssen an politische Stiftungen ermöglicht, wobei es jedoch kein diesem zugrunde liegendes spezielles Parlamentsgesetz gibt. Fraglich ist, ob es ein Recht auf Nachzahlung der vorenthaltenen Gelder gibt. Die Systempropagandaorgel *ARD* reagierte umgehend und forderte: »Der Staat darf keine Millionen ausgeben für die Kadenschmiede einer rechtsradikalen Partei wie der AfD. Keine Millionen für eine Partei, die sich mit dem Geld an deutschen Universitäten lauter kleine Björn Höckes heranziehen will.« Man schwafelte von »wehrhafter Demokratie« und einem »Demokratie-TÜV«. (Quelle: *tagesschau.de*)

WKO mit Impfpflicht. Österreichs Wirtschaftskammer (WKO) diskriminiert nach wie vor Ungeimpfte. So verlangt sie als Arbeitgeber, daß ihre Mitarbeiter geimpft sind. Damit unterläuft man die Bestrebungen von Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP), sich in der Corona-Frage mit den Ungeimpften auszusöhnen. Solange jedoch Arbeitsplatzbewerber bei der WKO ihre sog. Vollimmunisierung nachweisen müssen, kann man die schwarze Ankündigung des Kanzlers nicht ernstnehmen. Seltsam in bezug auf den Datenschutz ist auch, daß die WKO von Bewerbern zwar weder Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung noch sexuelle Orientierung abfragt, jedoch den Impfstatus. (Quelle: WKO)

Warnung vor Winter. Obwohl der diesjährige Winter nicht besonders kalt war, warnt jetzt schon der Chef der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, vor Energieengpässen im nächsten Winter. Auch wenn die Bundesregierung bereits begonnen habe, die Flüssiggas-Infrastruktur auszubauen, brauche das Land schon vor Inbetriebnahme dieser Anlagen genügend Gas. Denn womöglich könnten die errichteten Flüssiggas-Terminals bis zum Winter noch nicht befüllbar sein. Er verwies dabei auf China, das einen enormen Bedarf an Flüssiggas habe und wohl das Gros des auf dem Markt angebotenen aufkaufen werde. Dies würde dann zu einem erneuten Anstieg des Gaspreises führen, zumal die vorhandene Menge derzeit nicht sehr hoch sei. Dazu komme, daß Rußland den Export von Gas in den Westen einstellen könnte. (Quelle: DWN)

Wärmepumpen – Gefahr für Mensch und Umwelt? Die Wärmepumpe gilt als Heizsystem der Zukunft, weil sie – hocheffizient elektrisch betrieben – Wärmeenergie aus der Umgebungsluft erzeugt. Für Klimaschutz und die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen plant die Ampel aus diesem Grund, bis zum Jahr 2030 den Einbau von sechs Millionen Wärmepumpen. Doch die Diskussion um hochgiftige Kältemittel könnte diese hochgesteckten Ziele der Energiewende infrage stellen. Denn diese höchst bedenklichen Kältemittel enthalten häufig gefährliche Gase von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS). Gelangen diese ›Jahrhundertgifte‹ in die Umwelt, verschwinden sie mutmaßlich dort nie wieder. Die sogenannten ›Ewigkeitschemikalien‹ PFAS gelten aber nicht nur als schwer abbaubar, sondern auch als hochgiftig. In Untersuchungen wurden die krebserregenden Chemikali-



genannten ›Ewigkeitschemikalien‹ PFAS gelten aber nicht nur als schwer abbaubar, sondern auch als hochgiftig. In Untersuchungen wurden die krebserregenden Chemikali-

Die Wärmepumpe gilt als wichtiger Hebel gegen den Klimawandel und die Abhängigkeit von Gasimporten. Doch in vielen Geräten schlummert Gift – für manche ein notwendiges Übel.

en an über 1500 Orten in Deutschland nachgewiesen. (Quelle: u.a. *Hessisch-niedersächsische Allgemeine*, 7.3.2023)

ORF-Abzocke. Österreichs Regierung lernt vom großen Bruder in Berlin. Nachdem schon unter Bundeskanzlerin Angela Merkel GEZ-Zwangsgebühren dahingehend geändert worden waren, daß fortan jeder Haushalt die Rundfunkabgabe zu zahlen hat, unabhängig davon, ob sich darin ein betriebsfähiges Rundfunkgerät befindet, will Wien nun nachziehen. Ein neues ORF-Gesetz soll so mehr Geld in die Kassen spülen. Die schwarz-grüne Bundesregierung will dies auf den Weg bringen. Laut Umfragen schauen schon 70 Prozent aller Österreicher kein ORF-Programm mehr. Sie sind die ständige linke Indoktrinierung und einseitige Propaganda leid. (Quelle: *Express*)

EU schränkt Düngung ein. Laut einem Urteil des EuGH dürfen Landwirte in der EU keine Neonicotinoide mehr einsetzen. Das Insektizid dient zur Bekämpfung von Schädlingen wie etwa des Rübenderbrüsslers. Für Landwirte in deutschen Ländern kann dies existenzgefährdend sein. Man denke nur an die Zuckerrübenfabriken in den unterfränkischen Orten Zeil am Main und Ochsenfurt sowie die letzten beiden in Österreich, nämlich in den niederösterreichischen Gemeinden Tulln und Leopoldsdorf. Sollte besagtes Insektizid nicht mehr beim Rübenanbau eingesetzt werden dürfen, würde sich der Zuckerrübenanbau nicht mehr lohnen und der Landwirt in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Denn ein alleiniger Bioanbau ist nach Ansicht von Experten nicht die Lösung des Problems. Außerdem seien Neonicotinoide in pilliertem Rübensaatgut nicht bienenschädlich, sagte der Präsident der Zuckerrübenbauern in Österreich. Die Folge wäre, daß man Zucker aus Übersee, etwa aus Brasilien, importieren müßte. Und von dort kämen in Europa längst verbotene Pflanzenschutzmittel zum Einsatz. Für Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) und der Landwirtschaftskammer Österreich ein ökologischer und wirtschaftlicher Schuß ins Knie. (Quelle: *Land Oberösterreich*)

Deindustrialisierung. Die Politik Brüssels und Berlins sorgt dafür, daß es mit der deutschen Wirtschaft bergab geht. Laut Statistischem Bundesamt schrumpfte 2018 die deutsche Industrieproduktion um knapp acht Prozent. Bei der chemischen Industrie betrug der Rückgang sogar 15 Prozent, allein seit Februar 2022! Dabei ist letztere sogar der Arbeitgeber für fast eine halbe Million Menschen. Auch die Autoindustrie leidet unter der herrschenden Politik. Waren bis 2018 noch mehr als fünf Millionen Autos pro Jahr in der BRD produziert worden, sank deren Anzahl auf 3,5 Millionen. Hauptursache hierfür ist die fatale Politik der »Klima-Rettung«. Der Ökonom Hans-Werner Sinn geißelte auch die seit 2018 bestehenden Abgasnormen für Dieselaautos. Diese Grenzwerte seien nicht einzuhalten. Und das nun anvisierte Verbot für Verbrennungsmotoren beschleunige den Niedergang der heimischen Autoindustrie. Damit werde der Industriestandort Deutschland ruiniert. (Quelle: *Frankfurter Rundschau*)

Faeters Linksstaat. Die BRD-Antifa-Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bespitzelt Polizeischüler. So droht 18 Polizisten in Sachsen-Anhalt die Entlassung, weil sie sich in ihren Lehrjahren als Polizeischüler in Chatgruppen antisemitisch, rassistisch und gewaltverherrlichend geäußert bzw. womöglich nur Inhalte geteilt hätten. Vier der Personen sind Adressaten strafrechtlicher Ermittlungen. Es geht um die bekannten Gesinnungsparagrafen 86a und 130 StGB, also das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung. Obwohl deren genaue Mitwirkungen an den Chats nicht bekannt ist, werden sie als sog. ›Verfassungsfeinde‹ abgestempelt. Zur Umerziehung der Polizeischüler müssen sich diese einem Anti-Rassismus-Training und anderen Formen zeitgeistiger Gehirnwäsche unterziehen. Die Folgen sind meist Verunsicherung gegenüber Kameraden und »Beißreflexe« gegenüber linken Kriminellen und gewalttätigen Ausländern aus Angst vor negativen Konsequenzen. (Quelle: *Focus*)

Skurril: Nach Zigeuner-Schnitzel und Co. Pizza Hawaii jetzt rassistisch. Die nach dem im Südpazifik gelegenen US-Bundesstaat benannten Speisen seien angeblich mit der Geschichte des »Kolonialismus, kultureller Aneignung und Rassismus« verbunden. Daher solle man die Bezeichnungen Pizzas Hawaii und Toast Hawaii nicht mehr verwenden, fordert die Gruppe ›Linke PoC-Migrantifa‹ auf Instagram. Die selbst ernannten Antirassisten sehen in dem Namen eine Diskriminierung der Ureinwohner Hawaiis. Ob die Ureinwohner von Hawaii das überhaupt wollen, wurde nicht gefragt. (Quelle: *Junge Freiheit*, 6.3.2023)

Noch skurriler: Berliner Polizisten werfen ihre Tassen weg. Um dem Vorwurf, rechts zu sein, zu entgehen, ist die Berliner Polizei vorsorglich tätig geworden: Auf der neu eröffneten Wache am Kottbusser Tor in Kreuzberg wurden jetzt alle Tassen aus den Schränken entfernt. Der Grund: Auf dem Geschirr ist eine dünne blaue Linie zu sehen, und dieser Strich gelte als rassistisch. Das aus den USA stammende Symbol sei seit einiger Zeit umstritten: Die ›Thin Blue Line‹ (dt. Schmale blaue Linie) bezieht sich auf die Vorstellung von der Polizei als eines (letzten) Schutzes gegen das Abrutschen der Gesellschaft in gewalttätiges Chaos. Das Blau verweist auf die bei Uniformen US-amerikanischer Polizisten übliche Farbe. (Quelle: *Berliner Zeitung*, 23.3.2023)

Menstruationsurlaub. Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsplatz regt der Vize-Chef der Linken, Martin Schirdewan, einen extra Menstruationsurlaub an. Konkret sollen Frauen, die während der Menstruation unter schweren Schmerzen leiden, nach Vorstellung der Linken zwei Tage pro Monat zusätzlich frei nehmen dürfen. Ein ärztliches Attest soll dafür nicht notwendig sein. »Natürlich bedeutet das keinen Erholungsurlaub, sondern faktisch nur einen notwendigen Schritt zur Geschlechtergleichheit«, meint Schirdewan. »Feministische Erkenntnisse über Frauen- und Geschlechtergesundheit müssten endlich in Gesellschaft und Politik ankommen.« (Quelle: *Focus.de*, 7.3.2023)

Politikwissenschaftlerin fordert Abschaffung der Ehe. Die französische Autorin und Aktivistin Emilia Roig warb in einem Gespräch mit dem Norddeutschen Rundfunk

Von links: Emilia Roig,
Martin Schirdewan und
Sabine Mertens



für eine Abkehr von der Kernfamilie mit dem ›Hauptargument‹, daß die Ehe keine Verbindung aus Liebe, sondern ein Zeichen patriarchaler Unterdrückung sei. Solange es die Ehe gebe, zögen Frauen immer den Kürzeren. Die Institution diene nach wie vor den finanziellen und politischen Interessen der Männer, monierte die Französin mit afrikanischen Wurzeln, die selbst geschieden ist. Die Ehe sei nach wie vor darauf angelegt, Frauen zu vereinnahmen. Zum einen hätten es die Männer auf ihre Körper zur Fortpflanzung abgesehen, zum anderen auf ihre Arbeitskraft. Männer sollen daher eine Feminismus-Steuer zahlen. (Quelle: *Junge Freiheit*, 20.3.2023)

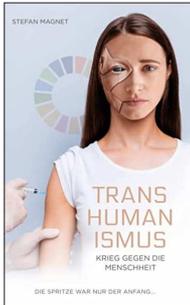
Gender-Kritikerin gerät ins Visier der Polizei. Die Polizei Hamburg hat Ermittlungen gegen die Gründerin der Initiative »Schluß mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung«, Sabine Mertens, aufgenommen. Sie war wegen Beleidigung angezeigt worden. Hintergrund sind Äußerungen Mertens' in einem Gespräch mit dem *Abendblatt*: »Wenn wir jetzt alle schwul, lesbisch und trans werden sollen, dann ist die Evolution zu Ende.« Die Grünen hatten die Äußerung Mertens' als diskriminierend bezeichnet. Der Initiative ginge es nicht um die Feinheiten der Rechtschreibung, sondern um den Ausschluß von Menschen. Auch die SPD stellte sich gegen Mertens. Übrigens: Die deutsche Sprache ist nach Auffassung des Bündnisses inklusiv und unterscheidet zwischen biologischem und grammatischem Geschlecht. (Quelle: *Junge Freiheit*, 3.3.2023)

Änderung des Transfusionsgesetzes. Männer, die Sex mit Männern haben, müssen bei Blutspenden bislang pauschal mehrere Monate pausieren – wegen Sicherheitsbedenken. Nun hat der Bundestag am 16. März für eine Abschaffung der Regelung gestimmt. Damit werde die bestehende Diskriminierung von schwulen und bisexuellen Männern sowie transgeschlechtlichen Menschen bei der Blutspende abgeschafft, heißt es. Die Regierungsparteien hatten das im Koalitionsvertrag sowie im Aktionsplan »Queer leben« vereinbart. (Quelle: u.a. Bunderstag)

100 Prozent Gehalt für abgewählte rot-grün-linke Berliner Stadträte. Auch der neueste Irrsinn aus der Hauptstadt wird teuer für den Steuerzahler! Nach der Wiederholungswahl in Berlin scheiden mehr als zehn Bezirksbürgermeister und Stadträte von SPD, Linken und Grünen aus. ABER: Sie bekommen bis zum Ende der Wahlperiode ihr volles Gehalt von mindestens 9142 Euro brutto im Monat, also pro Kopf rund 330.000 Euro. Grund: Sie wurden nach der Chaos-Wahl 2021 zu Beamten ernannt. »Die Pläne offenbaren eine erschütternde Selbstbedienungsmentalität aller Parteien«, kritisiert Kristin Brinker, AfD-Fraktionschefin. »Mehr als drei Jahre lang 100 Prozent ihrer jetzigen überaus großzügigen Bezüge fürs Spazierengehen zahlen zu wollen, ist nur noch dreist.« (Quelle: *bz-berlin.de*, 9.3.2023)

Wichtige Neuerscheinungen!

Stefan Magnet · **Transhumanismus**



Der Krieg gegen die Menschheit, der Plan ist durchschaut! Magnet zeigt Punkt für Punkt, was die Transhumanisten anstreben, wann und wie sie die Menschheit abschaffen wollen und was an unsere Stelle treten soll. Und wie wenig Zeit zur Gegenwehr bleibt! Die Corona-Panik war der Startschuss zur rasanten Transformation, die Covid19-Spritze der Einstieg in den Transhumanismus. Was geplant und vielfach in Umsetzung ist: Nanoroboter im Blut, Mikrochips unter der Haut, Gedanken mittels Elektroden lenken, Mensch und Maschine verschmelzen, Cyborgs züchten und Gehirne mit der Cloud koppeln. Doch die bedrohlichste Aussicht: Die Menschheit wird unfruchtbar, stattdessen entstehen Babys künstlich im Labor. (443 S., Pb. € 24.90)



Gerhard Wisnewski · **Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2022 nicht in der Zeitung stand. Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde und wir hinters Licht geführt wurden. Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell



Oliver Schrom · **Die Akte Scholz**

Verräterische Chatverläufe, gelöschte Beweismittel, mehr als 200 000 Euro Bargeld im Bankschließfach eines SPD-Strippenziehers: Es gibt jede Menge Merkwürdigkeiten in dem Steuerskandal um die Hamburger Warburg-Bank. Und mittendrin: Olaf Scholz, seinerzeit Bürgermeister der Hansestadt. Keine andere Affäre ist so gefährlich für den heutigen Bundeskanzler. Und keine verrät so viel über ihn. Inzigartige Einblicke in die Hinterzimmer der Macht. (392 S., br. € 16.-)



Michael Esders · **Ohne Bestand. Angriff auf die Lebenswelt**

Die westlichen Gesellschaften zerstören ihre Bestände rückstandslos. Die ›Neue Normalität‹ seit 2020 im endlos verlängerten Notstand war nur der verheerendste Angriff in einer langen Reihe. Die Angriffe betreffen die tragenden und gründenden Strukturen der Lebenswelt, das Fundament einer bestandserhaltenden Rationalität und den welterschließenden Bedeutungshorizont der Sprache. Lässt sich die ideologisch anvisierte Geschichts- und Herkunftslosigkeit durch digitale Überwachung auf Dauer stellen? Kann eine Gesellschaft ohne Bestände Bestand haben? (416 S. geb. € 29.90)